



# Das Reichsbanner

15. Mai 1967 / Nr. 5

Organ des Reichsbanners Schwarz - Rot - Gold

BUND AKTIVER DEMOKRATEN

## Kritisches zum Zeitgeschehen

a-ms. Bereits in der Nummer 3 unserer Zeitung hatten wir in dem Leitartikel „Deutschnationale“ darauf hingewiesen, daß wir auch in Zukunft unsere Gegner, die oft auch unsere und Feinde der Demokratie sind, immer wieder aufs Korn nehmen, sie angreifen und sie stellen wollen. Es ist wichtig, immer wieder sehr deutlich auf bestimmte Ereignisse hinzuweisen oder Tatbestände aufzuzeigen, die uns bedenklich erscheinen und schlagen deshalb, um einmal zur Sprache unseres Bundes bis 1933 zurückzukehren, Alarm, wenn es notwendig erscheint. Wenn man uns dann nicht hören will, wenn man nicht untersuchen will oder das nicht ändern will, von dem wir meinen, daß es erforderlich ist, so wäre das zwar bedauerlich, geniert uns aber nicht, fortzufahren wie bisher. Denn, wir sind weder Krakeler, Phantasten oder Panikmacher, sondern nur Lästige und Unbequeme, weil wir mit unserem Tun der Demokratie nützen möchten. Verantwortliche Demokraten, die politisch aus Gesinnung handeln, werden hierfür Verständnis haben und uns ihre Unterstützung leihen. Wir wiederholen hier auch noch einmal eine schon früher gemachte Bemerkung, daß wir eine weitgehend eingetretene Entpolitisierung großer Bevölkerungsteile für sehr bedenklich halten und hierfür auch gewisse Druckerzeugnisse mitverantwortlich machen. Die Manipulierung der Meinung treibt tolle Blüten und man muß schon fragen, wieviele Bürger überhaupt merken, wie sie von gewissen „vaterländischen“ Leuten für dumm verkauft werden.

So müssen wir heute, obwohl es in der Presse schon eingehend diskutiert wurde, auf ein merkwürdiges Geschehen im März dieses Jahres zurückkommen, auf jene Verteilung von Preisen einer kürzlich in München gegründeten „Deutschland-Stiftung“ an gewisse Personen. Ein selbstverständlicher Takt verbietet uns heute, hierbei den verstorbenen früheren Bundeskanzler Konrad Adenauer als damaligen Preisverteiler kritisch anzusprechen. Damit wir in keiner Weise mißverstanden werden oder Böswillige uns hier etwas anhängen könnten, möchten wir in diesem Falle uns mit den Äußerungen der jüdischen „Allgemeinen“ vom 10. 3. 1967, die zu der Angelegenheit kritisch Stellung nimmt, identifizieren, die hierzu sagt: „Konrad Adenauer wird, das werden auch seine erbitterten Gegner einräumen, in die Geschichte als Staatsmann historischen Formats eingehen, reines Wollen und lautere Gesinnung wird ihm schwerlich bestritten...“

Aber diese Feststellung hindert uns nicht, an unserer Meinung festzuhalten, daß die Verteilung besagter Preise für Publizistik, Literatur und Wissenschaft an einen Bernt von Heiseler und Dr. Armin Mohler, beide „National- oder Rechtskonservative“, wie man sie politisch beschönigend und demokratisch kaschiert nennt, als eine Handlung anzusehen ist, die ein bezeichnendes Licht wirft auf eine „Geisteshaltung“ bestimmter Kreise mit einem maßgeblichen Einfluß im öffentlichen Leben und im demokratischen Staat. Zur Person der vorgenannten Preisträger ist in der Tagespresse bereits soviel und gottseidank — auch so schonungslos für die Betroffenen — gesagt worden, daß wir an dieser Stelle keinen Raum hierfür verschwenden wollen. Bezeichnend nur, daß in einer Sonntagszeitung mit hoher Auflage ein gewisser Klaus Hoff (Pseudonym?) in besonderer Hervorhebung in rührseligen Worten die Vorgenannten und unsere Hindenburgdeutschen überhaupt in Schutz nimmt und eine Lanze für ein sogenanntes „besseres Staatsbewußtsein und ein vernünftiges Nationalgefühl“ bricht. Wenn dann gesagt

wird, offensichtlich solle „der Konservative... ein für allemal an den Rand dieses Staates gedrängt werden...“ „so könnten wir einem solchen Vorhaben nur zustimmen. Wir haben aus der Vergangenheit gelernt und wollen weder einen deutsch-nationalen Staat, noch wollen wir Reichsbannerkameraden noch einmal in Verlegenheit kommen, für einen neuen „Hindenburg“ eintreten zu müssen. Der eine der Preisträger hat in einer „nationalen“ Zeitung unter dem Pseudonym „Hinterwald“ geschrieben. Nun, wir können hier versichern, daß demokratische Bürger alles tun werden, damit solche „Hinterwäldler“ unwirksam bleiben. Aber diese „Konservativen“ stehen leider nicht allein. Was z. B. ein Dr. Bretholz in besagter Sonntagszeitung über die Apartheid und jetzt zuletzt anlässlich der Machtergreifung in Griechenland durch eine faschistische Militärligue geschrieben hat, genügt, um zu erkennen, woher der Wind weht. Wir wollen z. B. auch alles tun, damit die „Ordnungsvorstellungen“ eines Herrn Dr. Meerkatz und des Publizisten Winfried Martini, kluge und itegre Leute übrigens, nicht zum Zuge kommen. Jene Zeitgenossen sind beileibe keine „Nationaldemokraten“ und sie distanzieren sich ohne Zweifel auch von Nationalrabauken; aber diese Feststellung macht sie nicht harmloser. Es gibt eine bunte Palette mit „nationalen“ Leuten, jede Gruppe für sich muß aufmerksam beobachtet bleiben, damit kein Unfug geschieht.

Es ist deshalb auch zu früh, etwa darüber zu frohlocken, daß die NPD bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein oder in Rheinland-Pfalz doch „nicht so gut wie erwartet“ abgeschnitten hat. Der Streit in der Partei hat ohne Zweifel nachteilig gewirkt, aber es ist mehr als bedenklich, wenn Ortschaften mit Bundeswehrgarnisonen auch eine starke NPD-Wählerschaft haben. Und es ist bedenklich, wenn — sonst potentielle NPD-Wähler, die im Augenblick über den Wirrwarr in ihrer Partei verärgert sind, sich als nationaler Bodensatz in anderen Parteien absetzen. Schmerzlich war bei den letzten Landtagswahlen, daß hier und dort eine große demokratische Partei Verluste hinnehmen mußte, die sich offensichtlich dann als Gewinne der Rechtsradikalen abzeichneten. Aber ist das wirklich ein Verlust für die Demokratie? Vielleicht sollte diese Partei froh sein, gewisse Nationalisten und Spießbürger losgeworden zu sein.

Mit der augenblicklichen Krise bei den Rechtsradikalen ist noch ein anderer interessanter Vorgang verbunden. Hier und dort treten jetzt gewählte Kommunalvertreter der NPD aus dieser Partei aus und bleiben als „Unabhängige“ in der Stadt- oder Gemeindevertretung. Demokratische Parteien sollten nicht aus Nützlichkeitsabwägungen oder gar um bestimmte Mehrheiten zu erhalten, diese „Nationalkonservativen“, wie sie sich jetzt nach ihrem Austritt nennen, als Hospitanten oder gar als Mitglieder in ihre Fraktionen aufnehmen. Mit diesen Leuten ist kein Staat zu machen und man sollte sich noch ein Gefühl für Sauberkeit im politischen Leben bewahren.

Die „nationale Welle“ ist zur Zeit in Mode. Wir brauchen sie nicht mitzumachen. Mit der Liebe zum Vaterland muß es so sein wie mit der Liebe eines Kindes zur Mutter. Nicht immer lauthals davon tönen, sondern durch unser tägliches Handeln als Bürger und im öffentlichen Leben zeigen, was wir für unsere Mutter zu tun und auch zu opfern bereit sind, für unsere Mutter — die deutsche Republik.

Vergessen wir bei dieser kritischen Betrachtung nicht, daß es auch auf praktisches Handeln ankommt. Demnächst stehen wieder Wahlen in Niedersachsen und in Bremen vor der Tür. Sorgen wir dafür, daß auch dort jene demokratischen Kräfte weiter gestärkt werden, die bisher schon zum Segen ihres Landes und dessen fortschrittlicher Gestaltung wirksam waren. Wir wissen, daß dort auch unsere Kameraden ihren bescheidenen Anteil zur Erreichung dieses Zieles leisten werden, so, wie das bei uns von jeher selbstverständlich war.

## Verantwortungsbewußte Mitarbeiter für Freiheit und Demokratie

Stade. - In unserem Lande vollzieht sich das gesellschaftliche Leben nach demokratischen Spielregeln. Wenn eine Demokratie ihre festen Wurzeln im Volke haben soll - gerade das Reichsbanner und die staatstragenden Verbände wollen es - müssen viele mitarbeiten und Aufgaben übernehmen, die dem Interesse der Allgemeinheit dienen.

Wer im Ringen um unsere Ziele ein scheinbar unsicheres Tasten nach dieser oder jener Richtung vermutet und wem der organische Aufbau unserer Organisation zu langsam erscheint, ist geneigt, die Ursache im Fehlen eines fest umrissenen Organisationsplanes zu suchen. Jeder Neuaufbau ist nun einmal von Hindernissen mannigfacher Art umgeben, die mühsam fortgeräumt werden müssen. Und hier setzt auch die Bereitschaft unserer Kameraden zur verantwortungsbewußten Mitgestaltung und Mitverantwortung einer von unten und damit vom Volke her zu gestaltenden Demokratie ein. Die unterste Zelle demokratischen Zusammenlebens ist die Nachbarschaft, in der jeder jeden kennt.

Es ist nun einmal in einer funktionierenden Demokratie unerlässlich, daß es auf der untersten Ebene der Mitarbeit vieler bedarf, die dann ihre Sprecher in die Parteien und die Parlamente entsenden. Es muß dem letzten Staatsbürger klar geworden sein, daß wir heute nicht in einem Herrschaftsstaat leben, in dem es ein Fürstenhaus gibt, das schon in der besten Weise für seine Untertanen sorgt. In einem republikanischen Staat liegt die Verantwortung letztlich bei jedem Einzelnen von uns! Wir müssen die vielen Menschen aus ihrer inneren Emigration herauslocken und sie für Ideale werben, für die es sich lohnt zu kämpfen. Und darum brauchen wir staatstragende Verbände wie das Reichsbanner, die in der Lage sind, im öffentlichen Sektor, wo wirklich demokratisch entschieden wird, ein maßgebliches Gewicht auszuüben.

Gegenüber der politischen Entwicklung in unserem Vaterland haben wir unsere Aufgabe und unseren Willen in die Wagschale des deutschen Schicksals zu werfen! Die Wahlen zu den Landesparlamenten stehen vor der Tür! Die Wogen des Wahlkampfes dringen durch die Türen vieler unserer Kameraden! Sie erreichen uns über Funk und Fernsehen.

Wir, die wir für eine gerechte Ordnungspolitik streben, müssen uns auch mit dem Notstand in der Demokratie auseinandersetzen. Graben wir uns aus politischem Unverstand nicht unser eigenes Grab, indem wir demokratiefeindlichen Kräften den Weg in die Parlamente ebnen!

Unser positives Ringen um Mitarbeit und Mitgestaltung verlangt ein klares Votum für diejenigen Parteien und Kandidaten, die schon seit Jahr und Tag den Beweis erbracht haben, daß ihre Arbeit dem Wohl des Volkes und der freiheitlich demokratischen Staatsordnung gegolten haben. Wer sich seit langen Jahren in der Gemeindedemokratie bewährt hat, wird es dann auch im neugewählten Landtag tun, weil er dem Wahlspruch Friedrich Eberts treu geblieben ist:

**„Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel“**

Das Reichsbanner wird diese Kräfte nach bestem Wissen und Gewissen und in Anbetracht des republikanischen Auftrages unterstützen!  
He.

## Wer hat noch Korruptionsskonten in der Schweiz?

E.B. Unter obiger Überschrift berichtet der Politisch-Parlamentarische Pressedienst (ppp) am 28. April 1967 wie folgt:

„Wer gehört zu den ‚alle Menschen‘, die, nach der Aussage des wegen schwerster Korruption zu 30 Monaten Gefängnis verurteilten ehemaligen Regierungsdirektors im Bundesvertei-

digungsministerium, Evers, wie er ‚ein Konto in der Schweiz‘ haben? Diese Frage stellte am Freitag der parteioffizielle SPD-Pressedienst in der Erwartung, daß der zweite Prozeß gegen Evers Klarheit in dieser wichtigen Frage bringen würde. Zum Fall Evers selbst äußerte der SPD-Dienst seine tiefe Betroffenheit darüber, daß sich bisher keiner der wie Evers aus dem ehem. Reichsluftfahrtministerium stammenden und heute noch aktiven oder inzwischen pensionierten Beamten protestierend gegen die Erklärung von Evers gewandt hätten, daß das ‚Geben und Nehmen von Geschenken auch damals schon üblich‘ gewesen sei. Die Berufung des buchstäblich in der Korruption schwimmenden Evers in das Bundesverteidigungsministerium schein eine gewisse Kameraderie nicht ganz auszuschließen.“

Wir meinen, daß in totalitären Staaten Korruptionsfälle in der breiten Öffentlichkeit nicht erörtert oder kritisch betrachtet werden können. Es liegt deshalb immer im Interesse eines demokratischen Staates, daß vorkommende Korruptionsfälle schonungslos, ohne politische und persönliche Rücksichtnahmen aufgedeckt und wirklich verfolgt werden. Geschieht das nicht oder nur unzureichend, so verliert die Demokratie an Glaubwürdigkeit und extremistische politische Gruppen nützen ein Versagen weidlich aus. Es ist deshalb nur zu hoffen, daß auch in dem oben angeführten Falle noch gründlich „nachgebohrt“ wird. Das gilt aber auch im gleichen Falle für die „Schützenpanzer-Affäre HS 30“ und für die „Staatsaffäre F 44“. Wo blieben die Millionen, die von der Zeitschrift „Deutsches Panorama“ ans Licht gebracht wurden?

## Wandel in der Panzeraffäre

Neuer Zeuge Dr. Werner Plappert vernommen

Überlingen. In dem Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Verdachts der schweren Bestechung bei der Beschaffung der HS-30-Schützenpanzer wurde am vergangenen Freitag der in Überlingen am Bodensee wohnende Kaufmann Dr. Werner Plappert (65) von der Staatsanwaltschaft Bonn als Zeuge vernommen. Die mehrstündige Vernehmung ergab, wie Dr. Plappert erklärte, einen grundlegenden Wandel in der rechtlichen Beurteilung des Falles.

Dr. Plappert führte nach den tatsächlichen Feststellungen unter anderem aus, daß ihn die niedrigen Korruptionsfälle bei dieser Affäre nie sonderlich interessiert hätten, da sie sich nur um ein zentrales Verbrechen gegen die Bundesrepublik ranken, um „dieses zu ermöglichen, durchzuführen und dessen Verfolgung zu hemmen“.

Der ehemalige Oberbürgermeister von Heidenheim und Industrielle erklärte weiter, auf dem Gebiet des Verteidigungswesens gäbe es keine „Untreue“ nach zivilrechtlichen Maßstäben, sobald einmal eine gewisse Größenordnung der veruntreuten Beträge verbunden mit offensichtlich falschen Entscheidungen auf technischem und militärischem Gebiet festgestellt worden sei. Er sei deshalb bereit, aufgrund des vorliegenden Materials gegen die noch Lebenden, mit der Sache befaßten drei Staatssekretäre wegen Landesverrats Strafanzeige zu erstatten. „Wenn man einen Panzer, der noch gar nicht vorhanden war, bei einer Firma in Auftrag gibt, die noch nie einen Panzer konstruiert oder hergestellt hat und dabei den Erfolg erzielt, daß die Bundeswehr mit einem wertlosen Fahrzeug ausgestattet und die Aufrüstung der Bundesrepublik um Jahre verzögert wird, dann ist dies nicht ‚Untreue‘, sondern **schwerer Landesverrat, teils vorsätzlich, teils grob fahrlässig begangen**“, argumentiert Dr. Plappert. Denn im Falle eines wirklichen Konflikts hätten die Bundeswehrsoldaten mit einer 0-Serie der Schützenpanzer in den Kampf ziehen müssen, fügt Dr. Plappert hinzu. Da der vernehmende Staatsanwalt dieser Auffassung beigetreten sei und seine Ausführungen zu Protokoll genommen habe, habe er auf eine Anzeige verzichtet, weil das diesbezügliche Verfahren von Amts wegen durchgeführt werde.

„Damit hat der Fall des HS 30 ein neues Gesicht bekommen“, meint Dr. Plappert, der im übrigen glaubt, daß die Regierung alles tue, um seine Vernehmung geheimzuhalten. Die Tatsache der Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit der HS-30-Affäre (von dem 200-Millionen-Auftrag an die Hispano-Suiza sollen 50 Millionen für den CDU-Wahlkampf 1957 abgezweigt worden sein) sei nach Dr. Plappert - jetzt klar erwiesen. Die Liste mit den Beträgen liege auf einer Staatsbank des nahen Auslandes, und die Zeugen seien bekannt.

## Hier spricht die Jugend:

### Junge Mädchen im Jugendbund

Die durch Gesetz verankerte Gleichberechtigung der Frau ist ein Faktum, das politisch und volkswirtschaftlich von größter Bedeutung ist. Nur sehr verhalten hat man in der Vergangenheit die Gleichberechtigung diskutiert, man hat das Gesetz mit einigem Gleichmut, zumindest in der breiten Bevölkerungsschicht, aufgenommen und mancher brave Bürger wird gedacht haben: es bleibt im Grunde doch alles wie es war.

Bis vor nicht allzulanger Zeit hat die Frau hinter dem Mann gestanden, heute steht sie eindeutig neben ihm. Die Vorherrschaft des Mannes ist in der Bundesrepublik endgültig gebrochen, und nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in vielen Ländern ist das Zeitalter der Gleichberechtigung angebrochen. Die Politik war über Jahre ein Privileg, das nur den Männern vorbehalten war, heute wird auch von Frauen Politik gemacht; denken wir doch einmal an Indien, an Frau Indira Ghandi oder an Frau Schwarzhaupt von der CDU, die in Bonn über Jahre das Gesundheitsministerium geleitet hat, sowie an die beiden Jugend- und Sport-Senatorinnen von der SPD in Bremen und Hamburg; oder denken wir doch einmal an Frau Luise Schröder. Hier könnte eine ganze Reihe von Namen aufgeführt werden, aber wir sollten stellvertretend für die vielen Frauen aus der Politik, es hierbei bewenden lassen.

In der Wirtschaft gibt es ebenso Frauen, die große und größte Wirtschaftsunternehmen mit Erfolg zu leiten verstehen. Die moderne Frau von heute ist aus dem politischen und dem Wirt-

schaftsleben sowie aus dem öffentlichen Leben nicht mehr wegzudenken.

Der Jugendbund im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Bremen, versucht den modernen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, indem er — mit Zustimmung der Bundeszentrale — mit der Tradition des Reichsbanners gebrochen hat und jugendliche Mädchen im Jugendbund seit 1966 als Mitglieder aufnimmt. Es ist noch verfrüht, um hier schon Erfahrungen über das Experiment, denn ein solches ist es noch, publik zu machen, da erst eine Mädchengruppe aufgebaut worden ist.

Der Jugendbund hat sich die dringliche Aufgabe gestellt, alle Jugendlichen — d. h. auch Mädchen — durch Aufklärung und Vermittlung eines kritischen Bewußtseins, zur ordentlichen Staatsbürgern zu erziehen, damit sie mit Vertrauen zu den staatstragenden demokratischen Parteien und der Bundesrepublik, der Zukunft entgegensehen können. Von dieser Aufklärungsarbeit darf der Jugendbund keine aufgeschlossenen Mädchen ausschließen.

Unsere Gesellschaft wird heute von der modernen Frau mitgeprägt; deswegen sollte ihr in Zukunft mehr Beachtung bei dem sogenannten starken Geschlecht geschenkt werden. Die Zeit, wo die Frau als graue Eminenz im Hintergrund ihren Einfluß ausgeübt hat, gehört endgültig der Vergangenheit an; damit müssen wir uns abfinden.

Adolf Dierking, Bremen, Jugendleiter

### „Mörder stellen Kautio

Amerika nennt man das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Inzwischen ist Deutschland zum Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten avanciert. Wo in aller Welt kann es sonst noch passieren, daß potentielle Mörder so hübsch klettern in der Society, in Ansehen und Vermögen reussieren wie in Germania? Der Erfinder des Gaswagens, der als erster Deutscher Auspuffgase zum Mord von wehrlosen Menschen benutzte, ist uns erhalten geblieben. Herr Dr. Albert Widmann, damals Chefchemiker beim Reichskriminalamt, entlastete die Erschießungskommandos in Rußland und Polen durch seine geniale Erfindung. („Mit drei eingesetzten Wagen wurden in sechs Monaten 97 000 verarbeitet“ - Aktennotiz).

Die Opfer des genialen Chemikers deckt der Rasen, Kamerad Mörder aber lebt. Nach dem Kriege wurde er bald wieder Chefchemiker und bettete sein Bankkonto harmonisch in unsere Demokratie. Nun hat man den Herrn aufgespürt und ist — zögernd scheint es — willens, ihn zur Rechenschaft zu ziehen. Man glaubt es kaum, der Doktor wurde bereits 1962 in Untersuchungshaft genommen — natürlich nicht lange — denn Nazi-mörder sind ganz besonders sensibel.

Nach elf Monaten U-Haft wurde der Herr Doktor gegen eine Kautio von 200 000 Mark von weiterer Haft verschont. Ein kleiner Mann — kein Mörder etwa, sondern ein Dieb oder Hehler, der kein Geld hat, eine Kautio zu stellen, muß — wenn U-Haft beschlossen wird — auch darin verbleiben. Obdachlose beispielsweise werden sofort in Untersuchungshaft genommen, denn sie sind gemeingefährlich. Mörder stellen Kautio. Das gibt es jetzt in Deutschland.

H. C."

(Berliner Stimme (SPD) v. 1. 4. 1967)

## Kamerad, hast auch du schon ein neues Mitglied geworben?



## Wenn es sich um Geld dreht

## Bank für Gemeinwirtschaft

Niederlassungen im gesamten Bundesgebiet und in Westberlin

# Ein tragisches Emigrantenschicksal

In Memoriam Kurt Pfliegner

Wie erst jetzt bekannt wurde, verstarb unser Kamerad Kurt, Paul, Otto Pfliegner am 14. oder 15. Juni 1964 im Alter von 58 Jahren in einer Klinik der marokkanischen Stadt Fès an den Folgen einer schweren Verbrennung.

Kamerad Pfliegner gehörte dem Reichsbanner seit seiner Gründung an. Sein frisches, aufgeschlossenes Wesen verschaffte ihm viele Freunde. Er war ein begeisterter Sportlehrer und erteilte bereits vor Aufstellung der Schufu zahlreichen jüngeren Kameraden in den Gliederungen des Gaues Leipzig Jiu-Jitsu-Unterricht. Seit 1930 gehörte er dem Gauvorstand in Leipzig an, zuletzt als **Gau-Schufuführer und technischer Gauführer**. Im Sommer 1933 emigrierte er auf Anraten und mit Unterstützung unseres unvergesslichen Kameraden Theo Haubach nach Frankreich. Von Paris aus, wo er ein Reichsbanner-Wohn- und Schulungsheim leitete, stand er mit Karl Höltermann in London und mit illegal gegen die Nazis arbeitenden Reichsbannergruppen in Deutschland in Verbindung. Als sich die Hoffnungen aller Nazigeegner auf einen baldigen Zusammenbruch des Hitlerregimes nicht erfüllten, ging Kurt Pfliegner nach Südfrankreich, wo er die verwaiste Tochter eines Bauern heiratete, die bei ihren Großeltern lebte. Nachdem er die französische Staatsangehörigkeit erworben hatte, bewirtschaftete er den Hof seiner Frau als selbständiger Landwirt.

1942, nach der Besetzung Vichy-Frankreichs durch deutsche Truppen, wurde Kurt Pfliegner als **deutscher Emigrant der Gestapo denunziert**, verhaftet und nach einer Reihe von Zwischenstationen in französischen und deutschen Gefängnissen als Untersuchungshäftling nach Leipzig überführt. Erst die Besetzung seiner Vaterstadt durch die Amerikaner brachte ihm die Freiheit. Obwohl ihm der Eintritt in die Polizei angeboten worden war, drängte er ihn, zunächst zu seiner Familie nach Frankreich zurückzukehren. Dort mußte er erfahren, daß seine Frau mit dem Mann zusammenlebte, der ihn verleumdet und denunziert hatte. Das verräterische Pärchen, das befürchten mußte, zur Rechenschaft gezogen zu werden, schützte sich

durch eine neue Verleumdung. Es zeigte Kurt Pfliegner als „deutschen Kollaborateur“ an. Der bloße Verdacht, dies zu sein, genügte damals, um ihn sofort zu verhaften. Es war ihm jedoch möglich, einige seiner Kameraden zu verständigen. Ihren Bemühungen gelang es, die französischen Behörden nach mehreren Monaten von der Unhaltbarkeit der gegen Kurt Pfliegner erhobenen Vorwürfe zu überzeugen. Sie rehabilitierten ihn.

Nachdem er sich hatte scheiden lassen, ging Kurt Pfliegner, enttäuscht von seinem eigenen Schicksal und der Entwicklung im Nachkriegs-Europa, nach Marokko. Mit dem ihm eigenen Organisationstalent und Arbeitseifer verwaltete er dort die Plantagen eines französischen Großgrundbesitzers. Die Arbeit ließ ihm nicht oft Zeit zum Briefwechsel mit seinen Freunden. Viele Verbindungen rissen ab, andere wurden von ihm nur mit langen Pausen aufrechterhalten. Aber er machte Zukunftspläne; er bereitete sich auf ein Wiedersehen mit alten Freunden vor. Dann hörten wir nichts mehr von ihm — bis zu dem Tage, an dem ein an ihn gerichteter Brief zurückkam mit dem Vermerk „verstorben“...

Wir neigen uns tief erschüttert in Ehrfurcht und Trauer vor unserem toten Kameraden Pfliegner, dem es nicht vergönnt war, noch einmal in seine Heimat zurückzukehren. Wir werden ihn nie vergessen!  
wja.

## Mysteriöse Begebenheiten

Die Umstände, unter denen Kamerad Pfliegner verstarb, weisen einige recht ungewöhnliche Zusammenhänge auf, die sich der logischen Beurteilung vorläufig entziehen. Wir werden bemüht sein, uns Klarheit zu verschaffen. Alle Kameraden im In- und Auslande, die mit Kurt Pfliegner, geb. am 8. 11. 1905 in Gautzsch, Kreis Leipzig, (der zeitweilig unter dem Namen Paul Sans oder Paul Pfliegner-Sans lebte), während seiner Emigration in Verbindung standen, werden **dringend gebeten, unverzüglich** hierüber an Kam. Walter Jansen, 23 Kronshagen über Kiel, Steindamm 1c, zu berichten.

## Aus den Ortsvereinen

### Landesverband Hessen

Am 11. April fand im Justus-Liebig-Haus in Darmstadt eine Feierstunde zum Gedenken des 70. Geburtstages und der Enttötung einer Büste von Carlo Mierendorff statt. Dabei hielt Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert aus Frankfurt a. M. die Gedenkrede. Prof. Dr. Brundert, ein persönlicher Freund von Mierendorff, schilderte dessen leidenschaftlichen Kampf für die Republik und die Demokratie in der Zeit nach 1918 bis zu seinem Tode. Nach einem fünfjährigen Aufenthalt im Konzentrationslager sei unser ehemaliger Kamerad zur Widerstandsbewegung gestoßen und habe dort maßgebend mitgewirkt. — Bei einem Bombenangriff auf Leipzig sei Mierendorff ums Leben gekommen. Seinem Freund, so betonte der Redner, sei dadurch wahrscheinlich das Schicksal der Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944 erspart geblieben.

Eine Abordnung des Landesvorstandes unserer Organisation legte neben der Büste zum Gedenken an unseren ehemaligen Kameraden ein Blumengebinde mit einer schwarz-rot-goldenen Schleife und entsprechender Inschrift nieder.

Anlässlich des Bezirksparteitages der südhessischen SPD in Büdingen am 21./22. April erhielt jeder Delegierte durch den Landesvorstand ein Exemplar unserer Reichsbanner-Zeitung gratis ausgehändigt.

### Voranzeige

Sonntag, den 9. Juli 1967, 13.30 Uhr, Sitzung des Landesvorstandes - 14.30 Uhr, Mitgliederversammlung des Landesverbandes - 16.00 Uhr, „Bunter Nachmittag“ des Ortsvereins Frankfurt anlässlich des einjährigen Wiederbestehens im Bürgergemeinschaftshaus „Gallus“, Frankfurt, Franken-Allee 111. Persönliche Einladungen folgen.

### Darmstadt

Ehemalige Kameraden des Ortsvereins Darmstadt kamen am Sonntag, dem 30. April, zu einem kleinen Wiedersehenstreffen zusammen, an dem auch Mitglieder des Landesvorstandes teilnahmen. Es wurde beschlossen, nach den notwendigen Vorbereitungen in Kürze den Ortsverein Darmstadt wieder ins Leben zu rufen.

### Frankfurt a. M.

Am 29. April 1967 waren es 38 Jahre, daß unsere Kameraden Koch und Schmidt von Nationalsozialisten erstochen wurden. Die Frankfurter Kameraden gedachten der Toten durch die Niederlegung eines Kranzes auf ihrer gemeinsamen Ruhestätte.

Unsere Kameraden nebst ihren Familienangehörigen beteiligten sich am 1. Mai zahlreich an der vom DGB veranstalteten Maifeier in der Frankfurter Festhalle. An den durch gestiftete Tischfahnen gekennzeichneten reservierten Tischen tauschten die älteren Kameraden mit den Jüngeren freudig ihre Erlebnisse an diesem Feiertage aus der Zeit vor 1933.

### Offenbach Stadt- und Land

Der wiedergegründete Ortsverein hielt am 7. April 1967 seine erste Mitgliederversammlung ab. Diese befaßte sich hauptsächlich mit organisatorischen Fragen. Ferner wurden noch 2 Kameraden zu Revisoren gewählt.

Als Gäste nahmen an der Versammlung die Kameraden Haag und Fiedler aus Frankfurt a. M. vom Landesvorstand teil.

Leider beklagt der Ortsverein den frühen Tod seines Mitglieds Adolf Roth, der unserer Organisation schon seit der Gründung im Jahre 1924 angehörte. Kamerad Roth nahm noch an der Versammlung am 7. April teil und am 13. April 1967 schloß er die Augen für immer.

### Hamburg/Bremen

Gemeinsame Vorstandsbesprechung im Gewerkschaftshaus Hamburg-Bergedorf am Sonnabend, 10. Juni. Beginn 15.30 Uhr.

### Bezirk Weser-Ems

Sonnabend, 15. Juli, 19 Uhr, Bezirkskonferenz in der Gaststätte „Schwarzer Bär“, Verden/Aller, Bremer Straße 20.

### Hannover

Monatsversammlung am Sonntag, 3. Juni, 10 Uhr, in der Gaststätte Sprengel, Ecke Kniestraße/Schneiderberg.

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundeszentrale, 28 Bremen, Plettenberger Weg 18, Telefon 44 07 33.

Verantwortlich: Dietrich Westermann, Bremen

Druck: Henry Schween, 28 Bremen, Buntentorsteinweg 95.